

Macht und Freiheit

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **18 (1917)**

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

MACHT UND FREIHEIT

Eine Welle freiheitlichen Strebens wird nach dem Krieg über die Völker hingehen. Die unerhörte Gebundenheit, in die der Krieg Leib und Seele der Menschen geschlagen, wird von selbst eine psychologische Reaktion erzeugen, die sich nicht bloß mit der Wiederherstellung des status quo ante begnügen, sondern darüber hinaus die Staatsallmacht überhaupt grundsätzlich in Frage stellen wird. Nicht nur das Wirtschaftsleben wird sich von jenem aus dem Geist der Machtpolitik geborenen und ihr dienenden Kriegssozialismus abwenden wollen, der den demokratischen, um seiner selbst willen nötigen Sozialismus lediglich kompromittiert; nicht nur wird der Uniformierung des Denkens aus der Mitte derer heraus, die nicht restlos organisiert und mechanisiert werden wollen, ein elementarer Rückschlag folgen; auch die Hochburg des Kriegsgeistes, der erzwungene Militärdienst, wird erschüttert werden, sei es, dass für conscientious objectors, die die Pflicht zum Töten im Dienste des Staates grundsätzlich verneinen, Ausnahmen erstrebt werden, sei es, dass sich eine Bewegung gegen die Pflicht zur Teilnahme an einem Krieg, den man rein politisch nicht billigt, erhebt.

Denn auch der früher in staatlichen Dingen Gleichgültigste wird nach dem Kriege wissen, was Staat und Politik heißt; die Untertanengesinnung wird nicht mehr die selbstverständliche Regel sein bei den Volksmassen, denen heute ein dumpfes Gefühl sagt, dass alles anders gekommen wäre, wenn sie sich um ihren Staat mehr gekümmert und sich nicht ergebungsvoll in das durch den Willen der regierenden Schichten verkörperte „Schicksal“ gefügt hätten. Das „plectuntur Achivi“ wird nicht mehr unangefochten gelten, sondern das Volk selbst wird über seinen Staat bestimmen wollen, für den es doch im Ernstfall mit Gut und Blut einzustehen hat. „Früher ließ man sich regieren, jetzt will man mitregieren“, meinte kürzlich ein deutscher Reichstagsabgeordneter, der ruhig hätte sagen dürfen: „jetzt will man selbst regieren“; und da die Cliquen- und Klassen-Herrschaft im Innern und die Geheimdiplomatie im Verkehr mit außen kein Privileg der auch formell obrigkeitlich regierten Staaten ist, so wird sich der Zug zur Demokratisierung und das Verlangen nach parlamentarischer und demokratischer Kontrolle in England, Frankreich, Russland und Amerika ähnlich äussern wie in Deutschland und Österreich-

Ungarn, auch deshalb, weil die Zusammenballung von Kapital und Macht, die der Krieg in so ungeheurem Umfang erzeugt hat, und die in einer auf den Kriegsfall zugeschnittenen Friedenswirtschaft noch weiter wachsen wird, eine Neuverteilung und Ausgleicheung der Machtverhältnisse zu einem Kernproblem der allgemeinen Staatenentwicklung heranreifen lässt.

Mit gleicher Wucht wird in den Staaten, die hier noch im Rückstand sind, die Frage der vollen politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen in den Mittelpunkt der kommenden Kämpfe gerückt werden. Das Volk ist in der furchtbaren Durchschüttelung dieses Krieges zum Bewusstsein seines Wertes und seiner Würde erwacht; die Männer, die draußen vielleicht jahrelang in der Gleichheit vor dem Feind gelebt haben, werden es nicht mehr dulden, dass ihnen daheim die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten wird; und die Frauen, die ihren Befähigungsnachweis durch die Aufrechterhaltung der heimischen Wirtschaft so glänzend abgelegt haben, werden ihre Forderungen nicht minder vernehmlich anmelden. In Deutschland kommt hier noch dazu, dass die in Gewerbe, Handel und Industrie arbeitenden Volksschichten mit verstärkter Kraft auch in der Staatsleitung den gesetzlichen Einfluss verlangen werden, der ihnen nach ihrer ganzen wirtschaftlichen Stellung und tatsächlichen politischen Bedeutung längst gebührt. Und von dieser Gründung des Staatswillens auf die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Klassen, Stände, Konfessionen und Nationen wird schließlich als Wirkung nach außen hin die stärkste Verankerung des Staates selbst erwartet, die Nutzbarmachung aller Volkskräfte für die gemeinsamen nationalen Aufgaben und die zum Letzten bereite Hingabe an den Staat, der dann wirklich all der Opfer wert würde, die die Regierenden im Namen des Vaterlandes heute von ihren Völkern verlangen.

Schon während des Kriegs haben sich ja diese demokratisierenden Tendenzen mehr oder weniger stark bemerkbar gemacht. Am dramatischsten in Russland, wo die durch den Krieg aufgerufenen Volkskräfte die Fesseln gewaltsam gesprengt haben, mit denen eine unfähige und hinter der Zeit zurückgebliebene Bürokratie sie weiter niederzuhalten trachtete. Aber auch Deutschland, dessen doch ausgeglichene innere Verhältnisse solche revolutionären Ausbrüche weniger wahrscheinlich machen, weist kräftig wachsende Ansätze zum Umbau und Ausbau der inneren politischen Struktur auf. Am

ersten ist hier eine Umgestaltung des Heerwesens in der Richtung auf das Volksheer sichtbar geworden; ferner ist, wenn wir von dem etwas mysteriösen Versuch zur Einführung des parlamentarischen Regimes im Frühjahr 1915 auch absehen, die Bedeutung der Volksvertretung, vor allem ihrer Ausschüsse, unzweifelhaft gestiegen, schon weil für alle finanziellen Angelegenheiten — und deren zentrale Wichtigkeit wächst mit jedem Kriegstag — der Reichstag unentbehrlich ist; und auch in der Herstellung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, seien es nun Sozialdemokraten oder Polen, Juden oder Katholiken, sind im Lauf dieser Kriegsjahre unleugbare Fortschritte gemacht worden. Mit ihrem wiederholten und entschiedenen Bekenntnis zur „Neuorientierung“ hat die Regierung selbst die Notwendigkeit einer Umgestaltung der bisherigen Ordnungen anerkannt, und die Osterbotschaft des deutschen Kaisers mit dem, was ihr folgte, hat in zahllosen Herzen den Glauben erweckt, Deutschland stehe nun wirklich am Beginn seiner großen demokratischen Reformperiode.

* * *

Aber allerdings, gerade das bisherige Schicksal dieser deutschen „Neuorientierung“ lässt uns auch die *Widerstände* erkennen, die einer Demokratisierung des Staatslebens überall im Wege stehen. Trotz allem Drängen der fortschrittlichen Parteien will sich die deutsche Regierung um keinen Preis dazu verstehen, auch nur mit einem klaren Programm für die kommenden Reformen hervorzutreten. Die Arbeiten für die Umgestaltung des preußischen Wahlrechts — dieses Wahrzeichen der Neuorientierung — sind wohl „gefördert“ worden, aber weiter will die Regierung während des Kriegs nicht gehen, weil die zu erwartenden innerpolitischen Kämpfe das Staatsgebäude angeblich allzu heftig erschüttern würden, und bei diesem Standpunkt muss es, so verfügte die *Norddeutsche Allgemeine* ärgerlich, sein „Bewenden haben“. Der aus der Initiative des Reichstags hervorgegangene „Verfassungsausschuss“ aber, der angesichts der Zaudertaktik der Regierung die Reformierung der politischen Einrichtungen selbst in die Hand nehmen will, macht durchaus nicht den Eindruck, die Kraft oder auch nur den festen Willen zu einer gründlichen Umgestaltung der staatlichen Lebensformen Deutschlands zu besitzen. Eine solche würde neben

der Brechung der auf dem Klassenwahlrecht, auf der Struktur der inneren Verwaltung und der Zusammensetzung des Offizierskorps, wie auch auf dem durch die Getreidehochzölle rentabel bleibenden Großgrundbesitz beruhenden Macht der feudalen Herrschicht in Preußen vornehmlich dreierlei einschließen: die Einführung eines durchgebildeten parlamentarischen Regimes (dessen entscheidendes Merkmal indes keineswegs die Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauens- und Misstrauensvotum der jeweiligen Mehrheit der Volksvertretung zu sein braucht) mit zugehörigem wirklich gleichem Wahlrecht zum Parlament, ferner die unbedingte Unterstellung des Heeres und der Militärgewalt unter die politische Leitung und endlich die Bestimmung der äußeren Politik — Kriegserklärung, Friedensschluss, Staatsverträge, Führung der laufenden Diplomatie — durch das Volk und seine Organe. Wie viel Aussicht aber für einen derartigen Um- und Ausbau der deutschen Reichsverfassung und des führenden deutschen Einzelstaates unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorhanden ist, diese Frage möge sich jeder selbst beantworten, der den Arbeiten des Verfassungsausschusses auch nur einigermaßen aufmerksam gefolgt ist und die Stellung der verbündeten Regierungen zu den hier aufgeworfenen Fragen zu beurteilen vermag.

In der Tat, der Krieg hat nicht nur demokratische und fortschrittliche Kräfte geweckt, sondern auch allen *autokratischen* und *konservativen Mächten* wird neuer Lebenswillen aus dem blutigen Ringen erwachsen. „Was sich im Krieg bewährt hat, soll auch im Frieden erhalten bleiben“, das ist heute in Deutschland die Formel der *laudatores temporis acti*, die zu diesem „bewährten“ Alten ebenso die „starke monarchische Gewalt“ und die Herrschaft des Militärs wie die „Selbständigkeit der Einzelstaaten“ (lies: die Erhaltung des preußischen Klassenwahlrechts) und die Privilegien des großen Grundbesitzes zählen. Es ist aber keineswegs nur reaktionäre Plattheit, was aus solcher Betrachtungsweise spricht; ihre Wurzel ist vielmehr die hohe Wertschätzung von Führertum, Mannszucht, Ein- und Unterordnung, die daheim wie im Heer der furchtbare Druck der Kriegsjahre gerade auch bei denkenden Menschen erzeugt hat. Und was sich so aus vielfältiger Erfahrung als psychologische Massenstimmung ergibt, das setzt sich bei politischer Anschauung der Dinge gerne in die Forderung um, die straffe, autoritäre Organisation, wie sie im Heer und in der Kriegswirtschaft

so konsequent durchgebildet ist, müsse auch in die Friedenszeit herübergenommen werden, wenn sich der Staat im internationalen Machtkampf erfolgreich behaupten soll. Schon die bisherige innere Struktur Preußen-Deutschlands — das hat Professor Bächtold in Basel in seiner Skizze über den preußisch-deutschen Staat für mich überzeugend dargetan — ist nur zu verstehen, wenn man diese Wechselwirkung von äußerer Machtpolitik und autokratischer Verfassungs- und Verwaltungsorganisation berücksichtigt, und vom Standpunkt der Machtpolitik aus ist es auch ohne Zweifel logisch gefolgert, wenn es Bächtold angesichts der hochgradigen Spannung, unter der politisch-geographisch das Deutsche Reich steht, verneint, dass die heutige Lage Mitteleuropas „einer durchgreifenden Milderung der Straffheit und Geschlossenheit der Regierung dieses Reiches Platz ließe“, wie schon bisher „ein radikal-demokratisch, resp. parlamentarisch organisiertes Deutschland eine zu weiche Masse gegenüber den starken Kräften der großen politischen Welt gewesen wäre“.

Es würde zu weit führen, wollte ich hier im einzelnen zeigen, dass ähnliche Tendenzen der inneren Politik wie bei Deutschland in sämtlichen Staaten hervorgetreten sind, die im internationalen Machtkampf stehen oder von ihm in Mitleidenschaft gezogen sind. Auch bei Russland mit seiner expansionistischen Machtpolitik nach außen und der Unterdrückung seiner Fremdvölker im Innern war der bureaukratische Scheinkonstitutionalismus die natürliche Staatsform; den Nationalitätenstaat Österreich-Ungarn hält, solange er sein inneres Problem machtpolitisch zu lösen sucht, nur eine straffe Obrigkeitsregierung zusammen — Dynastie, Beamtentum und Armee —, während Nationalitäten- und Parlamentsrechte von Metternich bis Stürgkh geradezu als staatsgefährlich erscheinen; in Frankreich war vor dem Krieg eine der bemerkenswertesten Erscheinungen die Entwicklung der Republik zur Oligarchie der „camarades“, wobei die Besonderheit Frankreichs nur die war, dass inkonsequenterweise die demokratischen Formen trotz des undemokratischen Geistes der inneren wie der äußeren Politik beibehalten wurden, so dass jetzt im Krieg daraus die ernstesten Hemmungen für eine energische Leitung der politischen und militärischen Aktion erwachsen sind, während das „freiheitliche“ England entschlossen die radikalsten Folgerungen

aus seinem Machtkampf zog und sich in einem Maße autokratisierte und militarisierte, das vor dem Krieg undenkbar erschienen wäre. Selbst die Vereinigten Staaten können sich dem antidemokratischen Einfluss der Machtpolitik nicht völlig entziehen; wie bitter hat sich Präsident Wilson, der ohnehin mit einer für das Oberhaupt einer Republik ungewöhnlichen Machtfülle ausgestattet ist, über die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Apparats beklagt, die ihn am raschen Handeln so stark hinderte. Und auch die viel angefochtenen „außerordentlichen Vollmachten“ des Schweizer Bundesrates sind schließlich nichts anderes als eine straffere Konzentrierung der Regierungsgewalt unter entsprechender Verkürzung der Rechte der Volksvertretung, die mit der andauernden Spannung der politisch-geographischen Lage begründet wird, so dass ein deutschschweizerisches Blatt „als eine auch für die Schweiz geltende Kriegserfahrung“ zutreffend feststellte, „dass die Bedeutung der gesetzgebenden Behörde im gleichen Maß abgenommen hat, wie die Bedeutung der Exekutive zugenommen hat“.

Überall wirkt eben das gleiche Gesetz: Machtpolitik nach außen (oder auch nur Bedrohung durch die Hochspannung der machtpolitischen Konkurrenz) und freiheitliche Staatsstruktur im Innern sind grundsätzlich unvereinbar. Wie die beiden Hauptinstrumente der Machtpolitik, das Heer und die Diplomatie, autokratisch organisiert sein müssen und keine demokratischen Formen, also auch keine Öffentlichkeit des Betriebs, dulden, so muss auch die ganze übrige Staatsorganisation auf die Bedürfnisse der Machtpolitik zugeschnitten sein, der sie dienen soll. Das ist im Krieg der Sinn des Belagerungszustandes, der Militärdiktatur, das gilt aber auch für die allgemeine Richtung staatlicher Entwicklung in Friedenszeiten — wie sich Bethmann-Hollweg am 27. Februar 1917 im deutschen Reichstag ausdrückte: „Wirksamer als mit den Einrichtungen, die auf festem, monarchischem Boden ruhen, kann die Macht nicht ausgeübt werden. . . . Nichts anderes ist der Sinn und das Wesen des deutschen Kaisergedankens und des preußischen Königtums.“

* * *

Für den auf dem Boden materialistisch-autoritärer Lebensanschauung und konservativ-autokratischer Staatsauffassung Stehenden

ist dies *Verhältnis von äußerer und innerer Politik* durchaus das natürliche und normale. Ihm ist das Wesen des Staates Macht und nur Macht; die politischen Fragen sind ihm reine Machtfragen, handle es sich nun um innerstaatliche oder um zwischenstaatliche Beziehungen; jede andere Betrachtungsweise erscheint ihm schwächlich, unreif und unrealistisch.

Von einem grundsätzlich entgegengesetzten Standpunkt sollte hingegen ausgehen, wer auf dem Boden freiheitlich-demokratischer Staatsauffassung steht. Ihm sollten die politischen Beziehungen aus einem Rechtsverhältnis erwachsen; sein Ideal für das Völkerverhältnis sollte ein Zustand gleichberechtigten Nebeneinanderlebens und geistigen Wettbewerbs sein; ein „Gesellschaftsvertrag“ rechtsgleicher Individuen, der in der internationalen Staatengemeinschaft seinen festen Rückhalt fände, sollte ihm als die natürliche innerpolitische Ordnung erscheinen.

Sollte; denn wir wissen, dass die Vertreter einer solchen Betrachtungsweise entweder nur mehr als verstreute Reste der Staatsauffassung einer früheren Epoche in die Gegenwart hereinragen oder erst wieder die Vorkämpfer eines neuen politischen Denkens sind, das in mühsamem Ringen dem Zeitgeist das verlorene Gelände Zoll um Zoll wieder abnimmt. Was sich heute Liberalismus und Demokratie nennt, ist aus anderem Stoff geformt. Innere und äußere Politik werden zwar gleichfalls aus einheitlichem Gesichtspunkt erfasst, aber die Orientierung ist nicht mehr idealistisch-kulturpolitisch, sondern materialistisch-wirtschaftspolitisch. In Deutschland ist der Prototyp dieser Richtung Friedrich Naumann, dessen A und O die „Realitäten“ des „neudeutschen“ Wirtschaftsdaseins sind: Bevölkerungsvermehrung, technischer Fortschritt und Industrialisierung, die ihre eigenen politischen Ausdrucksformen verlangen, als die er Kaisertum, industrielle Aristokratie und Demokratie erkennt. „Sie sind drei Folgen des Aufwachsens des neuen, volkreichen, gewerblichen Deutschland auf dem alten agrarischen Boden. Es ist unmöglich, sich Deutschland als mächtiges Kaiserreich zu denken ohne Industrie, Industrie ist unmöglich ohne Proletariat. Die Neuzeit kommt imperialistisch-proletarisch.“ (*Demokratie und Kaisertum* S. 180/181.)

Damit ist aber die liberale und demokratische Idee tatsächlich preisgegeben. Liberal und demokratisch ist es, das praktische Leben nach einer Idee zu gestalten, nach der Idee nämlich, dass die

Menschen und Völker freie geistige Persönlichkeiten sind, die ein unveräußerliches Recht auf volle Entfaltung ihres Wesens haben und daher ihren Daseinszweck nur in gleichberechtigter Lebensgemeinschaft mit ihresgleichen erfüllen können, aus der jedes Gewaltverhältnis, sowohl von Mensch zu Mensch, wie von Volk zu Volk, entfernt ist. Jener wirtschaftlich begründete Imperialismus und Demokratismus geht dagegen von den Erfahrungstatsachen des materiellen Lebens aus, die er für real nimmt und denen er immanente Eigengesetze zuschreibt, die er zu erkennen trachtet, um sich ihnen zu unterwerfen. „Wir haben nicht zu fragen“, sagt Naumann einmal bezeichnend, „wie es hätte werden können, sondern müssen erkennen, was geworden ist und was wir nun weiter zu tun haben.“ So stellt er denn auch ganz logisch an die Spitze seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“ den Satz: „Es gibt keine ewigen Wahrheiten in der Wirtschaftspolitik“, und analog schreibt er an einer Stelle von *Demokratie und Kaisertum*: „Auch der Demokratismus ist keine ewige Normalform, sondern nur die Lebensform des modernen Industrievolks; wir setzen, weil wir viele sind und noch mehrere werden, deshalb die Vielheit, die Majorität als Prinzip!“ Ebenso ist ihm allerdings auch das Kaisertum keine allgemein gültige Verfassungseinrichtung, sondern als preußische Militärmonarchie eine geschichtliche Tatsache, mit der man sich abzufinden hat; es ist ihm als Führerschaft der industriellen Aristokratie der Ausdruck des neuen weltwirtschaftlichen und darum weltpolitischen Deutschland, der neuesten europäischen Großmacht, die nur mit einem kaiserlichen Kriegsherrn an der Spitze ihren Platz an der Sonne behaupten könne. So ist es überall nicht mehr eine Idee, die die Richtung des politischen Denkens bestimmt, sondern Exportziffern, Berufsstatistiken und Bevölkerungstabellen — — und das ist es, was wir als unliberal und undemokratisch bezeichnet haben.

Wie nahe diese Anschauungsweise, besonders die der äußern Politik, mit der konservativen Machtstaatslehre verwandt ist, und wie leicht man von hier aus zu einer durchaus konservativen, nicht demokratisch gedachten „Gemeinwirtschaft“ kommen kann, das liegt am Tage, unterscheiden sich doch in ihrer Stellung zur Weltpolitik und zur nationalen Wirtschaftspolitik manche Vertreter des industriellen Imperialismus nur in kaum merklichen Schattierungen

von den Wortführern des nationalistischen Alldeutschtums konservativer Prägung. Das Inkonsequente liegt nur darin, dass nicht auch für die *innere* Politik entschlossen die Konsequenz gezogen wird, die das Bekenntnis zur Machtpolitik nach außen fordert. Nur der sogenannte „gemäßigte“ Liberalismus hat in Deutschland diesen Schritt getan; die nationalliberale Partei, die aus jener Gruppe von ehemaligen Fortschrittsmännern hervorgegangen ist, die ihren Frieden mit Bismarck gemacht hatte, vergaß ganz natürlich immer mehr den zweiten Teil ihres Namens, rückte immer weiter von Liberalismus und Demokratie ab, und heute ist man in ihren Kreisen bereits so weit gekommen, dass man dem allgemeinen Begriff von politischer Freiheit, wie er vor allem in den Weststaaten und in Amerika anerkannt ist, die „deutsche Idee von der Freiheit“ gegenüberstellt, dass man gegen die Ideen von 1789 die „Ideen von 1914“ ausspielt, die „Freiheit eines organischen Staatsgefühls“ (Troeltsch), und einen Kompromiss zwischen Autokratie und Demokratie vorschlägt in der Weise, dass die preußische Regierung auf das Dreiklassenwahlrecht verzichten solle, die Demokratie aber auf das parlamentarische Regime (Meinecke). Dieser Verzicht auf die volle Durchführung der Freiheit *vom* Staat und der Freiheit *im* Staat zugunsten nationaler Machtpolitik, den in Frankreich beispielsweise Hervé empfiehlt — wenn auch offenbar nur für den Krieg — und den in England Lloyd George, gestützt auf die entschlossen imperialistischen Kreise in beiden Parteien, bereits erzwungen hat, ist nur logisch; er ist aber mehr als eine bloße Einschränkung der im übrigen notwendigen Freiheit, er ist die Verleugnung des Freiheitsgedankens überhaupt, denn die Freiheit ist hier nicht mehr das Leben selbst, das politische Lebenselement, das dem Liberalen und Demokraten so unentbehrlich ist wie dem natürlichen Menschen die Luft. Als das Wesen und Leben des Staates wird hier vielmehr die Macht verkündet, während die Freiheit zum Luxusgegenstand herabsinkt, den man gegenüber den „harten Notwendigkeiten“ eben auch rationiert wie in Kriegszeiten das Gas.

Die aus altdemokratischem Erbe stammende Einsicht in die entwürdigende Stellung, die man der Freiheit hier zumutet, ist es wohl auch, die den „entschiedenen“ Liberalismus und die Sozialdemokratie bisher abgeschreckt hat, den Spuren des „gemäßigten“ Liberalismus auch in der inneren Politik zu folgen. Von der An-

nahme der Caprivischen Militärvorlage von 1893 durch die nachmalige Freisinnige Vereinigung führt gewiss, über die Beteiligung des gesamten Linksliberalismus an der Kolonialmehrheit von 1906 und die Bewilligung der Wehrvorlage von 1913 sowie der Kriegskredite vom 4. August 1914 durch die sozialistische Demokratie, ein gerader, folgerichtig zurückgelegter Weg, und was Naumann schon vor dreizehn Jahren gefordert hat, dass nämlich die Demokratie in nationalen Machtfragen „zuverlässig“ werden müsse, wenn sie regierungsfähig werden wolle, das ist heute in überraschend vollkommener Weise erfüllt, nur dass man statt von „Demokratie und Kaisertum“ nunmehr von der „Synthese von Weimar und Potsdam“ spricht. Wie weit aber die deutsche Demokratie von der Macht im Staat noch entfernt ist, das zeigt sie ja selber mit ihren Klagen über das Ausbleiben der „Neuorientierung“, auf die sie allerdings noch lange warten können, wenn sie sich nicht entschlossen von allem, was Weltmachtpolitik und Imperialismus heißt, abkehrt. Das Schicksal der nationalliberalen Partei, die sich dem militärischen Erfolg des eisernen Kanzlers beugte und Freiheit neben der Machtpolitik verwirklichen zu können meinte, sollte vor dem Wiederbetreten solcher Wege eindringlich genug warnen; Bismarck nahm zwar die Unterstützung der Nationalliberalen für seine Machtpolitik gerne an, drückte sie aber in der inneren Politik mit Kulturkampf, Sozialistengesetzen, Zolltarifen und andern wirtschaftlichen und finanziellen Interessenkämpfen an die Wand, dass sie „quietschten“ — so drückte er sich selber aus, — und nach einer kurzen liberalen Glanzperiode versank auf dem Sumpfboden des allgemeinen Materialismus nach 1870 auch die Politik in jenen Zustand der Stagnation, aus dem sie trotz allem Guten, was seither geleistet und versucht wurde, bis heute nicht wieder herausgekommen ist. Qui mange du pape en meurt.

Ebenso darf auch die englische und französische Demokratie auf kein Durchdringen des Freiheitsgedankens in der Welt hoffen, solange sie sich vor den Wagen einer wie immer gearteten imperialistischen Machtpolitik spannen lässt: die dauernde Niederhaltung der 150 Millionen Deutschen, Österreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken, wie sie die Verwirklichung der Ententekriegsziele in sich schliesse, würde einen derartigen militärischen und wirtschaftlichen Kraftaufwand notwendig machen, dass die europäische Demokratie für die nächste Zeit

ebenso ausgelöscht wäre wie unter der napoleonischen Militärdiktatur und in der Restaurationszeit, in die die Revolutionsepoche schließlich ausklang. Und darum bleibt auch die Selbstbefreiung des russischen Volkes, an sich eine ungeheure Leistung, so lange Stückwerk und auf schwankendem Grund aufgerichtet, als die russische Demokratie ihren Sieg nur durch eine Niederwerfung Deutschlands, als des moralischen Bundesgenossen des Zarismus, sichern zu können glaubt. Der Zusammenhang zwischen außenpolitischen Zielen und innerpolitischem Streben ist ja auch hier hergestellt durch die höhere Einheit in der wirtschaftlichen Orientierung der Politik: im Innern Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie, nach außen wirtschaftlicher Imperialismus, der sich nur auf Kosten des deutschen Imperialismus siegreich durchsetzen kann. Immer mehr entfesselt aber die liberale russische Revolution wider den Willen ihrer Urheber doch *die* Kräfte, die dem Liberalismus als dem Herrschaftswillen einer wirtschaftlichen Volksschicht den echten Freiheitsbegriff gegenüberstellen, der vor allem nach außen hin mit der Machtpolitik der Bourgeoisie bricht und so die Einheit von innerer und äußerer Politik aus dem Geist wahrer Demokratie herstellt. Bleibt die russische Demokratie treu auf diesem Weg, dann kann es nicht wieder so gehen wie nach der ersten Revolution, um deren Früchte das russische Volk schließlich doch nur darum gekommen ist, weil der wirtschaftliche Imperialismus und die nur unwesentlich abgeschwächte Unterdrückungspolitik gegenüber den „Fremdstämmigen“ von selbst wieder zu einer Kräftigung des bürokratischen Absolutismus führten. Auch der russische Liberalismus muss sich, will er nicht seine Zukunft abermals in Frage stellen, darüber klar werden: Wer die internationale Machtpolitik unangetastet bestehen lässt, der darf nicht gleichzeitig demokratische Velleitäten haben, oder er scheitert mit all seinen Reformbemühungen und darf sich erst nicht einmal darüber beklagen; wer aber von der Freiheit nicht lassen kann, der muss sich eben zum radikalen Verzicht auf alle Machtpolitik entschließen.

ZÜRICH

HUGO KRAMER

(Schluss folgt.)

